

GASTBEITRAG

Knüppeldick für die CDU

Der Zuspruch für die Alternative für Deutschland hält an. Die nahezu zwölf Prozent bei den Kommunalwahlen in Hessen waren nur der Vorgeschmack. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und insbesondere in Sachsen-Anhalt gab es nun einen regelrechten Triumph für die AfD, die in den beiden westdeutschen Ländern zur drittstärksten und in Sachsen-Anhalt mit knapp einem Viertel der Stimmen zur zweitstärksten Partei geworden ist.

Für die CDU kam es knüppeldick. Aus der vermeintlich grünen Eintagsfliege in Baden-Württemberg – 2011 sollte ja nur mal eine Ausnahme sein – ist ein kräftig brummender Käfer geworden, den der CDU-Wolf nicht das Fürchten lehren konnte. In Rheinland-Pfalz schmolz Julia Klöckners komfortabler Vorsprung dahin, und die SPD konnte die Union dort überholen. Nur in Sachsen-Anhalt konnte die CDU die Staatskanzlei halten, jedoch ebenso mit Verlusten und einer sehr starken AfD am rechten Rand. Zudem kann sie nicht alleine mit der SPD eine Mehrheit im Landtag erreichen. Die Grünen werden als weiterer Mehrheitsbeschaffer gebraucht.

Ein Grund für den Erfolg der AfD ist, dass die Union in den letzten Jahren zum zahnlosen Tiger geworden ist. Ecken und Kanten sind abgeschliffen. Es gibt kein ordnungspolitisch-marktorientiertes Profil mehr in der Wirtschaftspolitik, und in der Flüchtlingskrise hätten sich viele Wähler rechts wie links der politischen Mitte ein großes Stoppschild gewünscht. Die Union sollte dringend aus den bitteren Erfahrungen der SPD der letzten zwei Jahrzehnte lernen. Gerhard Schröder hatte die SPD weit in die politische Mitte geführt und am linken politischen Rand den Raum für Die Linke geöffnet. Bis heute kommt die SPD aus dem Dilemma nicht heraus. Egal, in welche Richtung sie sich bewegt, es gibt etwas auf dem Deckel. Früher hieß es deshalb aus gutem Grund, dass es rechts von der Union keine Partei geben darf.

Wenn es der AfD gelingt, sich im Parteiensystem zu etablieren, werden künftig Koalitionsbildungen komplexer. Die AfD wird auf absehbare Zeit nicht als Koalitionspartner für die etablierten Parteien in Frage kommen. Vielmehr werden wir uns

Die Union muss die Wähler rechts der Mitte wieder bedienen. Dann wäre die AfD verzichtbar.

Von Marc Debus
und Niklas Potrafke



auf Koalitionen wie Schwarz-Grün oder – die Ergebnisse aus Baden-Württemberg lassen grüßen – gar Grün-Schwarz einstellen müssen, die lange Zeit als ausgeschlossen galten. Dies gilt auch für bislang – man denke an Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt – kaum erwogene Dreierkombinationen: neben einer „Ampel“ aus SPD, FDP und Grünen für ein Jamaika-Bündnis aus CDU, Grünen und Liberalen, eine Deutschland-Koalition aus Union, SPD und FDP oder eine Kenia-Koalition aus Christdemokraten, SPD und Grünen.

Solche Bündnisse werden notwendig sein müssen, um in einem Sechsparteiensystem mit einer schwachen CDU eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen. In solchen Koalitionen haben es aber alle beteiligten Parteien schwer, die Interessen ihrer Wählerklientel zu bedienen. Man handelt sich von Kompromiss zu Kompromiss. Die Verhandlungsergebnisse stimmen die Anhängerschaft keiner Regierungspartei wirklich glücklich. Die Parteiprofile verwässern mehr und mehr, und die Wähler werden weiter in die Arme der extremen Parteien getrieben, von denen sie sich Politikinhalt versprechen, die CDU oder SPD in den Koalitionsverhandlungen nicht durchsetzen konnten.

Ein weiteres Problem ist, dass es in zerklüfteten Parteiensystemen mit vielen Parteien auch viele Mäuler zu stopfen gibt. Das treibt nicht nur die Verhandlungskos-

ten durch die Notwendigkeit komplexer Koalitionskompromisse in die Höhe, sondern kann auch die Staatsausgaben erhöhen. Wenn viele Kompromisse gemacht werden müssen, weil jede Partei etwas vom Kuchen abhaben mag, dann gibt es Anreize, den ganzen Kuchen größer zu machen. Das kostet Geld.

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass Siegeszüge rechtspopulistischer Parteien das Leben der etablierten konservativen Parteien erschweren. So hat beispielsweise in Österreich die dort seit 2007 bestehende Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten und konservativer Volkspartei nur Stimmenverluste eingefahren, während die rechtspopulistische FPÖ in aktuellen Umfragen mit 32 Prozent klar vor SPÖ (23) und ÖVP (22) liegt. Die Mehrheit für die beiden Regierungsparteien in Wien wäre dahin.

Die beiden deutschen Volksparteien Union und SPD haben dem Wähler über Jahrzehnte einen Dienst erwiesen, indem sie inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Parteiflügeln intern ausgetragen und dann nach außen eine Position präsentiert haben. Die Wähler wussten, dass unterschiedliche Strömungen innerhalb einer Partei Vielfalt gewährleisten und diese Flügel auch die Inhalte von Politik entscheidend mitbeeinflussen.

Die CDU wird wieder Charaktere wie Alfred Dregger, Manfred Kanther, Roland Koch und Friedrich Merz brauchen, um Wähler sowohl aus dem national-konservativen Lager, als auch Anhänger marktorientierter Wirtschaftspolitiken langfristig an sich binden zu können. Es würde uns gut bekommen, wenn es der Union gelänge, die Wähler rechts der Mitte wieder zu bedienen. So könnte die Zersplitterung des deutschen Parteiensystems aufgehalten und Koalitionsregierungen mit allzu verwässerten Kompromissen, in denen sich die Wähler der beteiligten Parteien nicht wiederfinden, vermieden werden.

Marc Debus ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

Niklas Potrafke ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der LMU München. Er leitet das ifo Zentrum für öffentliche Finanzen und politische Ökonomie.